



# uf Recht bestehen

## 9.5 Thesen zur Reformation und Überwindung von Hartz IV

15 Jahre sind genug! Die Menschen wollen die soziale Ungerechtigkeit nicht länger dulden und begehren von der unter dem rot-grünen Banner mit ausreichend Macht ausgestatteten Hamburger Landesregierung, dass sie ihre tauben Ohren öffnen und die lang schon erhobenen Forderungen endlich umsetzen möge:

- ◆ Dass sie sich im Rat der Landesfürst:innen (heuer genannt Bundesrat) entschieden für die Abschaffung der unbilligen Sanktionen und für die Gewährung von geldlichen Mitteln in würdiger Höhe zur umfänglichen Existenzsicherung der Menschen einsetze!
- ◆ Dass sie die Höhe des Mietzinses, den die Ämter (jetzo genannt Jobcenter) zu übernehmen haben, den realen Verhältnissen und den Wucherforderungen des Wohnungsmarktes anpasse! Denn es finden sich für den vorgeschriebenen niederen Zins keine Behausungen mehr.
- ◆ Dass sie die Mittel zur Erstausrüstung einer neuen Behausung (nunmehr Mietwohnung genannt) deutlich auf einen zeitgemäßen Betrag erhöhe! Denn dieser, festgesetzt in grauer Vorzeit, erlaubt nur ein Wohnen mit wenig schäbigem Mobiliar.
- ◆ Dass sie die Ämter anweise, keine Mietkautionen mehr aufrechnen zu lassen, denn so werden den Menschen noch die geringsten Mittel gekürzt!
- ◆ Dass sie die Ämter anweise, die Menschen nicht länger zum Verlassen ihrer Wohnung zu zwingen, so deren Mietzins zu teuer sei! Denn die allgemeine Not soll nicht noch durch unnötige Verluste von Heim und Obdach gesteigert werden.
- ◆ Dass sie den Familien und vornehmlich für die schulpflichtigen Kinder eine erkleckliche zusätzliche Summe von 600 Euro-Talern für den Erwerb technischer Mittel (sogenannter digitaler Endgeräte) gewähre, die zur Teilhabe an Bildung und Kultur geboten sind.
- ◆ Dass sie für die Bewegungsfreiheit mit öffentlichen Verkehrsmitteln Sorge trage und die ärmeren Bürgerinnen und Bürger ganz von der Fahrscheinpflicht befreie oder zumindest doch wahrhaftige Vergünstigungen erlasse.
- ◆ Dass den allfälligen Schikanen Einhalt geboten und den Wohlfahrtsberechtigten in den Ämtern von Angesicht zu Angesicht Respekt gezollt werde! Denn ein dem Dienst an der Öffentlichkeit verpflichtetes Amt darf sich den Dünkel der Obrigkeit gegenüber den freien Menschen nicht anmaßen.
- ◆ Dass die Ämter die berechtigten Ansprüche und Anträge in der gebotenen Eile und Rechtmäßigkeit bearbeiten, von Willkür und Nachlässigkeit Abstand nehmen und den Menschen ihre Schreibstuben mit Wohlwollen und freundlichem Rat öffnen.

So seid denn erinnert an das verheißungsvolle Wort der Landesfürstin von Rheinland-Pfalz:

„Wir wollen Hartz IV hinter uns lassen!“

Zum Tag der sozialen Reformation mögen nun Taten folgen.  
Anno 2020, 31. Oktober

